



Oestrich-Winkel, 13.3. 2020

Pressemitteilung

Biosphärenregion: Wie man eine gute Idee der UNESCO torpediert

Die Diskussion, ob Oestrich-Winkel Teil einer zukünftigen Biosphärenregion Wiesbaden, Rheingau-Taunus und Main-Taunus werden will, startete letzten Dienstag (10.3. 2020) im Fachausschuss für Umwelt, Planen und Bauen (UPB) politisch einseitig und ließ eine sachlich qualifizierte Auseinandersetzung mit den Zielsetzungen, Chancen, Vorteilen und Befürchtungen vermissen.

Die Freien GRÜNEN Oestrich-Winkel kritisieren diesen Fehlstart der ersten Informations- und Beteiligungsrunde mit Interessenvertretungen insbesondere aus den Bereichen Land- und privater Waldwirtschaft sowie des Jagdvereins Rheingau, die unisono als Gegner des weltweiten Projektes von bisher 701 Regionen in 124 Ländern auftraten. Eingeladen hatte der Vorsitzende des UPB, Björn Sommer, um im Rahmen von zwei Sondersitzungen am 10. und 17.3. über die Ergebnisse der 2018 vom Hessischen Umweltministerium in Auftrag gegebenen „Machbarkeitsstudie Biosphärenregion im Rheingau-Taunus-Kreis, der Stadt Wiesbaden und im Main-Taunus-Kreis“ zu informieren und diskutieren zu lassen.

Der Vertreter und zuständige Abteilungsleiter (Klimaschutz und biologische Vielfalt) aus dem Hessischen Umweltministerium, Dr. Christian Hey, musste die Contra-Argumente der Gegner aus Bauernverband, Waldbesitzerverband und Jagdverein immer wieder objektivieren und vertrat als einziger Experte eine fachlich konsistente und umfassend informative Position. Björn Sommer als Ausschussvorsitzender konnte sich weder fachlich noch moderierend positiv in Szene setzen, sodass die Blockadehaltung der Gegner von Anfang an bis zum Ende der Sitzung bestehen blieb.

Die in einem intensiven und erfolgreich organisierten Beteiligungsprozess entstandene Machbarkeitstudie kommt zu dem Ergebnis, „dass die Einrichtung einer Biosphärenregion ... machbar ist, die formalen Kriterien erfüllbar sind, die Chancen in einer 'Modellregion für nachhaltige Entwicklung' in der betrachteten Gebietskulisse überwiegen.“

Die Idee dahinter ist die Bündelung von Aktivitäten zur gemeinsamen Entwicklung in der involvierten Region in über zehn verschiedenen Themenbereichen. Neben

ökologischen Themen (Biodiversität, Energie, Klima, Natur) steht dabei auch die koordinierte und nachhaltige Weiterentwicklung anderer wichtiger Bereiche wie Bevölkerung, Mobilität und Infrastruktur, Bauen und Siedlungsentwicklung, Industrie, Forschung, Bildung, Kultur, Soziales und Tourismus im Fokus. Ausgehend von der Überlegung, dass keine Kommune allein die Aufgaben der Zukunft stemmen kann, dient die veröffentlichte Machbarkeitsstudie der Information der Bevölkerung und den politischen Entscheidungsgremien in den jeweiligen Regionen als Grundlage für ihre Entscheidungsfindung .

Nach Meinung der Freien GRÜNEN kann eine umfassende Information der Bevölkerung so nicht funktionieren. Stadt und Politik haben die Aufgabe, einen ausgewogenen Querschnitt aller relevanten Themenbereiche und Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zu präsentieren und nicht nur Lobbyvertreter einzelner Verbände einzuladen. Die Folgetermine (17. März wurde wegen des Coronavirus abgesagt) im UPB, JSSK und im Rahmen einer von den Freien Grünen geforderten Bürgerversammlung lassen weitere Vorträge und Diskussionen erwarten. Freie Grüne fordern nunmehr eine repräsentative Zusammensetzung der einzuladenden Referentinnen aus Institutionen, zu denen in jedem Fall auch Ökwinzer, Biolandwirte, NABU Hessen, BUND, Bürgerstiftung „Unser Land! Rheingau und Taunus“, Hochschule Geisenheim, Jugendparlament Wiesbaden, Landesdenkmalamt Wiesbaden und Kirchen zählen sollten.

Dr. Ute Weinmann (Fraktionsvorsitzende)

Jürgen Lange (Freie Grüne)